



BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH

## **Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Förderung von Projekten der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und des Landesinvestitionsförderprogramms (ANBest-P GALIP)**

Die ANBest-P GALIP enthalten Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BremVwVfG) i.V.m. § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit dort nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

### **Inhalt**

- Nr. 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**
- Nr. 2 Nachträgliche Ermäßigung der Kosten und Änderung der Finanzierung**
- Nr. 3 Vergabe von Aufträgen**
- Nr. 4 Allgemeine Zweckbindung**
- Nr. 5 Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**
- Nr. 6 Nachweis der Verwendung**
- Nr. 7 Prüfung der Verwendung**
- Nr. 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- Nr. 9 Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt**

### **1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

- 1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden.  
Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.  
Der Zuwendungsempfänger muss sicherstellen, dass alle seine Einnahmen und Ausgaben in klarer Zuordnung zum geförderten Projekt - auch in Abgrenzung zu anderen Projekten oder dem allgemeinen Geschäftsbetrieb - nachvollziehbar belegt werden können.  
Die Abgrenzung umfasst ggf. auch die Gemeinkosten und das Verfahren zu deren Umlage auf die einzelnen Projekte und den allgemeinen Geschäftsbetrieb.
- 1.2 Die eigenen Mittel und die mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen des Zuwendungsempfängers (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) sind als Deckungsmittel einzusetzen.  
Der Investitionsplan ist hinsichtlich des Inhaltes und des Gesamtergebnisses verbindlich.
- 1.3 Mindestentgelt:  
Der Zuwendungsempfänger hat seinen Arbeitnehmern mindestens den nach dem Landesmindestlohngesetz festgelegten Mindestlohn zu zahlen.
- 1.4 Die Zuwendung wird nur gewährt, wenn die Anforderungsmodalitäten, insbesondere die Ausschlussfristen, beachtet werden.
  - 1.4.1 Sachkapitalbezogener Investitionszuschuss/Bonusförderungen:  
Der sachkapitalbezogene Investitionszuschuss ist frühestens im Kalenderjahr, in dem die Anschaffung oder Herstellung oder die Anzahlung oder die Teilherstellung der Wirtschaftsgüter erfolgt, beim Zuwendungsgeber anzufordern.  
Bonusförderungen sind frühestens im Kalenderjahr, in dem die Voraussetzungen zur Gewährung der Bonusförderung erfüllt worden sind, anzufordern.
  - 1.4.2 Der Antrag auf Auszahlung des Investitionszuschusses oder der Bonusförderung (Formblatt Anlage 2) soll spätestens 9 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres (Frist 30. September) gestellt werden.
  - 1.4.3 Im Jahr der Zuwendungsbewilligung (Erstbescheid) sind darüber hinaus auch Zuwendungsbeträge anzufordern, die sich gegenüber Nr. 1.4.1 bzw. Nr. 1.4.2 auf weiter zurückliegende Wirtschaft- und Erfüllungsjahre beziehen. Der Bewilligungszeitraum ist dabei zu beachten.

- 1.4.4 Auszahlungen können erst nach Rechtsbeständigkeit aller die Auszahlung ermöglichenden Bescheide erfolgen.
- 1.4.5 Ein Teilbetrag in Höhe von 10 v.H. der zu gewährenden Zuwendung wird grundsätzlich erst nach der Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises (Nr. 6) ausgezahlt.
- 1.5 Zahlungen aus der Zuwendung vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.
- 1.6 Der Zuwendungsempfänger hat keinen Anspruch auf Ersatz von Schäden, die durch eine etwaige verspätete Zahlung, Nichtzahlung oder Rückforderung der Zuwendung entstehen. Zinsansprüche des Zuwendungsempfängers sind ausgeschlossen.
- 1.7 Der Anspruch auf Auszahlung der Zuwendung kann ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Zuwendungsgebers nicht abgetreten oder verpfändet werden. Der Zuwendungsempfänger darf eigene Forderungen nicht gegen Forderungen des Zuwendungsgebers aufrechnen.
- 1.8 Der Zuwendungsbescheid kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungszweck nicht zu erreichen ist.
- 1.9 Der Zuwendungsempfänger hat nachweisbar sicherzustellen, dass die bei ihm tätigen Beschäftigten personenbezogene Daten, auch nach Beendigung der Tätigkeit, vertraulich behandeln und diese nur verarbeiten, soweit dies rechtlich zulässig ist.

Die mit dem Umgang personenbezogener Daten betrauten Personen sind auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Datenschutzvorschriften hinzuweisen, vgl. Artikel 29, 32 Absatz 4 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

## **2. Nachträgliche Ermäßigung der Kosten und Änderung der Finanzierung**

- 2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtkosten für den Zuwendungszweck, so ermäßigt sich die Zuwendung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers.
- 2.2 Erhöhen sich die im Finanzierungsplan vorgesehenen öffentlichen Zuwendungen oder treten neue hinzu und wird dadurch ein Subventionswert erreicht, der den Höchstsatz des Wertes der zulässigen öffentlichen Hilfe überschreitet, so ermäßigt sich die bewilligte Zuwendung entsprechend um den Betrag, der über den Förderungshöchstsatz hinausgehen würde.

## **3. Vergabe von Aufträgen**

Der Zuwendungsempfänger hat Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.

Im Übrigen kommt die Nummer 3.1 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) nicht zur Anwendung.

## **4. Allgemeine Zweckbindung**

- 4.1 Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln.  
Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen (Zweckbindungsfrist).  
Dies gilt nicht, wenn die Art und/oder die übliche Nutzungsdauer eines Wirtschaftsgutes dieser Frist entgegensteht oder Investitionsgüter aus betriebswirtschaftlichen Gründen ausgetauscht werden.  
In diesen Fällen müssen jedoch Investitionsziel und -zweck erhalten bleiben.  
Eine nicht dem Zuwendungszweck entsprechende Verwendung liegt insbesondere vor, wenn die Gegenstände innerhalb der Zweckbindungsfrist
  - nicht der eigenbetrieblichen gewerblichen Nutzung zugeführt oder
  - anderen Personen übertragen oder zur Nutzung überlassen werden.
- 4.2 Der Zuwendungsempfänger hat die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschafften Gegenstände entsprechend den handels- und steuerrechtlichen Vorschriften zu erfassen (zu verbuchen).

- 4.3 Der Zuwendungsempfänger hat innerhalb der Zweckbindungsfrist zu seinen Lasten die Gegenstände - soweit nicht bereits geschehen - gegen Schäden, auch gegen solche unter eigenem Risiko, im branchenüblichen Umfang ausreichend zu versichern, so dass der Zuwendungszweck gesichert ist und ggfs. erforderliche Ersatzinvestitionen durch die Versicherungssumme abgedeckt sind.
- 4.4 Die von der Förderung betroffene Betriebsstätte ist vom Zuwendungsempfänger innerhalb der Zweckbindungsfrist im Sinne des Zuwendungszwecks eigenbetrieblich gewerblich zu nutzen und darf innerhalb dieses Zeitraums weder ganz oder teilweise stillgelegt noch verlagert werden.
- 4.5 Soweit innerhalb der Zweckbindungsfrist ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Zuwendungsempfängers eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird oder eine Zahlungsunfähigkeit des Zuwendungsempfängers eintritt, erwiesen durch Zahlungseinstellung oder Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung gemäß § 807 ZPO, und sich dadurch der Zuwendungszweck nicht mehr erfüllen lässt, wird der Zuwendungsbescheid mit Wirkung von seiner Bekanntgabe an unwirksam.
- Die Erfüllung des Zuwendungszwecks liegt weiterhin vor, wenn das Unternehmen unter Erfüllung der im Zuwendungsbescheid festgesetzten Verpflichtungen fortgeführt wird.

## **5. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers**

- 5.1 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn
- 5.1.1 er nach Vorlage des Finanzierungsplans weitere Zuwendungen für den selben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn sich eine wesentliche Ermäßigung der Gesamtausgaben oder eine wesentliche Änderung der Finanzierung ergibt (siehe Pkt. 1.2),
- 5.1.2 der Zuwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen, insbesondere der Zuwendungszweck nach Umfang, Qualität und Zielsetzung nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,
- 5.1.3 die geförderten Wirtschaftsgüter innerhalb der Zweckbindungsfrist nicht entsprechend dem Zuwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,
- 5.1.4 ein Insolvenz- oder Zwangsvollstreckungsverfahren gegen ihn beantragt oder eröffnet wird,
- 5.1.5 der Betrieb oder ein Teil des Betriebes, für den die Zuwendung bestimmt war,
- nicht der eigenbetrieblichen gewerblichen Nutzung zugeführt,
  - stillgelegt,
  - anderen Personen übertragen, zur Nutzung überlassen oder
  - verlagert wird.

## **6. Nachweis der Verwendung**

- 6.1 Der Zuwendungsempfänger hat dem Zuwendungsgeber spätestens drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes einen Verwendungsnachweis nach Formblatt (Anlage 3) in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Zwischennachweise können gefordert werden.
- Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- 6.2 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis in Umfang und Qualität im Einzelnen darzustellen.
- 6.3 Der zahlenmäßige Nachweis hat sich auf alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Finanzierungsmittel (einschl. Eigenmittel) und Ausgaben zu erstrecken.
- Er enthält demgemäß in einer dem gebilligten Finanzierungs- und Investitionsplan entsprechenden summarischen Übersicht den gesamten Investitionsaufwand, wobei es gleichgültig ist, ob er aus dem Zuschuss, aus anderen Fremdmitteln oder aus Eigenmitteln finanziert worden ist.
- Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.
- Die Nutzungsdauern und Aktivierungszeitpunkte der aus den Zuwendungsmitteln geschaffenen und erworbenen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind anzugeben.

- 6.4 Im Verwendungsnachweis ist in Kenntnis der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben zu bestätigen, dass
- die Zuwendung ausschließlich zur Erfüllung des im Bewilligungsbescheid näher bezeichneten Zuwendungszwecks verwendet wurde und die Ausgaben nach den Rechnungsunterlagen im Zusammenhang mit dem geförderten Vorhaben angefallen sind (bei Förderung von Baumaßnahmen: und mit der Baurechnung übereinstimmen),
  - die nicht zuwendungsfähigen Beträge, Rückforderungen und Rückzahlungen abgesetzt wurden,
  - die Angaben mit den Büchern und Belegen sowie den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides, der Nebenbestimmungen und des Koordinierungsrahmens der GRW / der LIP-Richtlinien übereinstimmen,
  - dass wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist.
- 6.5 Mit dem Nachweis sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde die Belege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.
- Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten, die Ausgabebelege insbesondere den Zahlungsempfänger, Grund und Tag der Zahlung und bei Gegenständen den Verwendungszweck.
- 6.6 Der Zuwendungsempfänger hat die in Nummer 6.5 genannten Belege und Verträge sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen (vgl. Nummer 7.1 Satz 1) fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
- Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwendungsnachweis (nicht Zwischennachweis) vorgelegt worden ist.
- Die Unterlagen sind in der Regel als elektronische Dokumente aufzubewahren. Sie können auch in Papierform aufbewahrt werden.
- Bei eingescannten Unterlagen muss sichergestellt werden, dass die gescannte Unterlage mit dem Original übereinstimmt und der Zusammenhang der einzelnen Unterlagen gewahrt bleibt.
- Weitergehende Verpflichtungen aus anderen Vorschriften bleiben unberührt.

## 7. Prüfung der Verwendung

- 7.1 Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.
- Der Zuwendungsempfänger hat jederzeit die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.
- Hierzu gehört auch die Weitergabe personenbezogener Daten seiner Beschäftigten, soweit sie für die Prüfung der Verwendung der Zuwendung nach den Bedingungen des Zuwendungsbescheides herangezogen werden müssen. Die Beschäftigten sind über die Weitergabe der Daten zu unterrichten.
- Sind die Unterlagen mit Hilfe eines Datenverarbeitungssystems erstellt worden, hat die Bewilligungsbehörde das Recht, Einsicht in die gespeicherten Daten zu nehmen und das Datenverarbeitungssystem zur Prüfung dieser Unterlagen zu nutzen oder die Zurverfügungstellung der gespeicherten Unterlagen nach ihren Vorgaben auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zu verlangen.
- Unterlagen sind mit Hilfe eines Datenverarbeitungssystems erstellt worden, wenn sie entweder originär elektronisch erstellt oder nachträglich durch z.B. Einscannen und Abspeichern digitalisiert wurden.
- Der Zuwendungsempfänger trägt die Beweislast für alle Tatsachen, die für die Bewilligung oder das Belassen der Zuwendung erheblich sind; dasselbe gilt auch hinsichtlich der Erfüllung der mit der Zuwendung verbundenen Bedingungen und Auflagen.
- Die gleichen Rechte stehen den Bediensteten der EU sowie dem Europäischen Rechnungshof zu, soweit sich die EU aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung an der Förderung beteiligt.
- 7.2 Unterhält der Zuwendungsempfänger eine eigene Prüfungseinrichtung, ist von dieser der Verwendungsnachweis vorher zu prüfen und die Prüfung unter Angabe ihres Ergebnisses zu bescheinigen.
- 7.3 Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen ist berechtigt, bei allen Zuwendungsempfängern zu prüfen (§ 91 LHO).

## **8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**

- 8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 1 Absatz 1 Satz 1 BremVwVfG i.V.m. §§ 48, 49, 49a VwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften unwirksam oder mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen wird.
- 8.2 Nummer 8.1 gilt insbesondere, wenn
  - 8.2.1 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nr. 2),
  - 8.2.2 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
  - 8.2.3 die Zuwendung oder aus der Zuwendung beschaffte Gegenstände nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck oder unwirtschaftlich verwendet werden.
- 8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 8.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 1 Absatz 1 Satz 1 BremVwVfG i.V.m. § 49a Abs. 3 VwVfG mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB für das Jahr zu verzinsen.
- 8.5 Werden Zuwendungen nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung zur Erfüllung des Zweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (vgl. Pkt. 8.4) für das Jahr verlangt werden.  
Entsprechendes gilt auch, wenn die Zuwendungen in Anspruch genommen werden, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.

## **9. Haushaltswirtschaftlicher Widerrufsvorbehalt**

Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise zu widerrufen, wenn sie sich aus haushaltswirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen sieht.

Sollte die Bewilligung während der Geltungsdauer des Bescheides widerrufen werden, wird sich der Widerruf nicht auf Teile der Zuwendung erstrecken, für die die oder der Zuwendungsempfänger im Vertrauen auf den Bestand des Bescheides Rechtsverpflichtungen eingegangen ist.